



„Das Ergebnis des heutigen Treffens wird den Weg ebnen und ein neues Kapitel in unseren Beziehungen öffnen.“

EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos über das EU-Afrika-Treffen am Freitag



„Es ist wirklich gefährlich, die Medien zu dämonisieren. (...) Trump sollte dankbar sein, dass ihn die Medien hinterfragen.“

Jeff Bezos, Gründer und Chef von Amazon, sowie Besitzer der Zeitung „Washington Post“, kritisiert US-Präsident Donald Trump für dessen Angriffe auf Medien und Journalisten

## Caritas Europa sieht Junckers Afrika-Pläne kritisch

BRÜSSEL (APA). Caritas Europa sieht die Pläne von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für eine neue Partnerschaft zwischen Afrika und der EU kritisch. „Wir sind besorgt, dass die EU-Afrika-Beziehungen nur durch die Linse von Investition und Handel gesehen werden“, sagte der Generalsekretär von Caritas Europa, **Jorge Nuno Mayer**, laut „Kathpress“ in Brüssel. Bei jeder Investitionsinitiative mit afrikanischen Partnern müsse die Entwicklung der Menschen und Gemeinschaften im Zentrum stehen. Zudem feh-



le ein Verweis auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele, die der Rahmen aller Aktivitäten der EU in der Entwicklungszusammenarbeit sein sollten, betont Caritas Europa.

# Freihandelsabkommen mit Afrika ist das Ziel

BRÜSSEL: EU-Kommission präsentiert Plan für Investitionsoffensive und Arbeitsplätze in Afrika

BRÜSSEL (APA). Die EU hat am Freitag einen Plan für eine Investitionsoffensive zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Afrika präsentiert.

Langfristig sollen die EU und der gesamte afrikanische Kontinent ein umfassendes Freihandelsabkommen schließen. Entsprechende Absichten präsentierte die Brüsseler Behörde am Freitag. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hatte die Pläne bereits in seiner Rede zur Lage der Union am Mittwoch angekündigt. Die EU-Staaten müssten ihnen zustimmen, damit sie in die Tat umgesetzt werden können.

Um den Weg dafür zu ebnen, will die EU-Kommission jedoch zunächst die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika stärker unterstützen. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel“, betonte die EU-Außenpolitikbeauftragte **Federica Mogherini** bei der Pressekonferenz mit Kommissionsvizepräsident **Jyrki Katainen** und Entwicklungskommissar **Neven Mimica** in Brüssel. Bis 2020 soll es 44 Mrd. Euro an Investitionen geben. Entwicklungshilfe sei notwendig und werde es auch weiter geben, nun gelte es aber die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. „Wir sind bereits jetzt der Hauptpartner Afrikas und nicht China“, bekräftigte Mogherini. 36 Prozent des afrikanischen Handels würden mit der EU abgewickelt und nur 16 Prozent mit China. Auch entfielen 40 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Afrika auf die EU und nur 14 Prozent auf China.

Wichtig seien Investitionen in die Jugend und die Stärkung der Rolle der Frau, betonte sie. Die EU wolle daher durch eine Art Erasmus-Regelung in Afrika Sti-



Die EU-Außenpolitikbeauftragte Federica Mogherini

APA/afp/EMMANUEL DUNAND

pendien für über 100.000 Menschen schaffen und 700.000 Afrikanern eine Berufsausbildung ermöglichen.

### „Weg von einer Beziehung zwischen Geber und Nehmer, hin zu Partnerschaft“

„Die Bevölkerungsentwicklung wird oft als Zeitbombe gesehen, sie ist aber auch die größte Chance für Wachstum, denn die junge Generation in Afrika ist bereit, für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Kontinents zu arbeiten“, betonte Mogherini. Katainen meinte, die Zusammenarbeit mit Afrika solle durch Investitionen in strategische Wirtschaftsbereiche, Qualifizierungsmaßnahmen und eine allgemeine Verbesserung des Investitionsklimas in Afrika modernisiert werden.

Die EU möchte dabei eine aktive Rolle übernehmen und öffentliche Mittel einsetzen, um private Investitionen anzustoßen. Die EU gehe weg von einer Beziehung zwischen Geber und Nehmer, hin zu einer Partnerschaft, sagte Mogherini. Katainen betonte, „wir haben Möglichkeiten schlafende private Mittel auf Bankkonten zum Leben zu erwecken und diese einzusetzen“

Dadurch sollen bis 2020 insgesamt 44 Milliarden Euro an Investitionen geschaffen werden, man hoffe auf Privatinvestitionen von 9 Milliarden Euro.

Die Höhe der gegebenen Garantien für Investitionen in Afrika seien bereits jetzt enorm gestiegen, betonte der ehemalige finnische Premierminister. Nun solle der Anteil der europäischen Direktinvestitionen in Afrika aber noch weiter gesteigert werden,

etwa im Bereich umweltfreundlicher Energie.

Zwar seien Afrika und die EU schon bisher Partner, doch fehlte bisher eine kohärente gemeinsame Wirtschaftsstrategie, betonte Mimica. „Afrika ist ein Riese, der vor unserer Haustür schläft und unsere Zukunft positiv oder negativ beeinflussen kann“, so der kroatische Kommissar.

Schon jetzt würden aus der EU jährlich 22 bis 23 Mrd. Euro nach Afrika fließen, doch nun solle die Investitionswirkung in Afrika auf eine neue Ebene gehoben werden. Auch müsse das Handelspotenzial besser ausgeschöpft werden, sagte Mimica. So unterstütze die EU Afrika bei den Verhandlungen zur Umsetzung eines afrikanischen Freihandelsabkommens. Das langfristige Ziel sei jedenfalls eine Freihandelszone zwischen Europa und Afrika.

© Alle Rechte vorbehalten

## Frontex: Illegale Ankünfte heuer um 40 Prozent zurückgegangen

BRÜSSEL (APA). Die Zahl illegaler Einreisen in die EU ist laut der Grenzschutzagentur Frontex heuer in den ersten 8 Monaten gegenüber 2017 um 40 Prozent zurückgegangen. Insgesamt zählte Frontex 86.500 irreguläre Grenzübertreter. Der Rückgang sei auf geringen Migrationsdruck auf der Mittelmeerroute zurückzuführen, so Frontex am Freitag. Bereits das zweite Monat in Folge seien mehr als die Hälfte aller illegalen Grenzübertreter im August an der westli-

chen Mittelmeerroute festgestellt worden. Die Zahl der illegal Einreisenden in Spanien habe sich im August mit fast 6500 nahezu verdoppelt im Vergleich zum Vorjahr. Die Migranten kommen hauptsächlich aus Marokko, Guinea und Mali. Entlang der östlichen Mittelmeerroute kamen im August 4200 irreguläre Migranten in die EU, 11 Prozent weniger als im August 2017. Über das ganze Jahr gerechnet stieg die Zahl aber um 58 Prozent auf 34.300.

## „Westen hat Türkei im Stich gelassen“

ANKARA (APA/AFP). Der türkische Journalist **Can Dündar** hat dem Westen vorgeworfen, die Türkei im Stich gelassen zu haben. Europa lasse sich von Präsident Erdogan und „seiner Drohung, 3 Millionen syrische Flüchtlinge herüberzuschicken, erpressen“, sagte der Ex-Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“ im Interview mit der Nachrichtenagentur AFP. „Wir verteidigen die sogenannten westlichen Werte in der Türkei“, sagte Dündar. Wegen dieses Kampfes säßen Menschen im Gefängnis. Eine „Wolke aus Angst“ hänge über der Türkei.



Die Leute hätten Angst davor, miteinander zu reden. „Wenn man die Regierung über seinen Nachbarn informiert, wird man belohnt und der Nachbar bestraft“, sagte Dündar. Dieses System funktioniere „sehr gut heutzutage“ in der Türkei.

## EUROPA-SPLITTER

# EU-Werte: Recht oder Politik?

RECHTSSTAATLICHKEIT: Nach Polen geht die EU nun auch gegen Ungarn vor

STRASSBURG. Diese Woche hat das Parlament zum Ausdruck gebracht, dass die gegen Ungarn vorgebrachten Bedenken „in ihrer Gesamtheit“ eine „eindeutige Gefahr“ einer schwerwiegenden Verletzung der EU-Grundwerte darstellen. Damit ist nun der Weg für den Rat der EU eröffnet, sich dieser Ansicht anzuschließen und entsprechende Empfehlungen an Ungarn zu richten. Das gleiche Verfahren wurde Ende 2017 gegen Polen eröffnet - in diesem Fall aber auf Antrag der EU-Kommission. Der Rat wird sich nun eingehend mit der Frage der Rechtsstaatlichkeit in diesen beiden Ländern beschäftigen. Für eine Stellungnahme bedarf es allerdings einer Mehrheit von vier Fünfteln der Minister im Rat. Die beiden betroffenen Staaten können sich gegenseitig mit ihren Stimmen unterstützen. In seiner Rede im EU Parlament hat der ungarische Premierminister das Verfahren als eine Straffaktion gegen das ungarische Volk dargestellt. Der unga-



Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn

APA/afp/FREDERICK FLORIN

rische Außenminister sprach von einem „jämmerlichen Raub der Pro-Einwanderungspolitik“. Das Verfahren sei ein politischer Schauprozess und auch juristisch null und nichtig, da nach europarechtlichen Vorgaben, Enthaltungen als Gegenstimmen gezählt werden hätten müssen. Tatsache ist, dass es nicht (nur) um Migration geht. Der Parlamentsbericht beschäftigt sich auf 30 Seiten mit 12 Kritikpunkten. Etwa die Funktionsweise des Verfassungs- und des

Wahlsystems in Ungarn; die Unabhängigkeit der Justiz und anderer Institutionen sowie die Rechte der Richter; Korruption und Interessenkonflikte; Privatsphäre und Datenschutz; das Recht auf freie Meinungsäußerung; die akademische Freiheit (man denke an das Schicksal der Central European University) und andere Grundrechte. Es ist aber unbestritten, dass das Artikel 7 Verfahren ein in erster Linie politisches Verfahren ist, welches von politischen Akteu-

ren initiiert, und nicht vor dem Europäischen Gerichtshof ausgetragen wird. Die Abstimmung war insofern auch eine Antwort auf Viktor Orbáns Modell einer „Christdemokratie“ die nach seinen Worten „per definitionem nicht liberal“, sondern „illiberal“ zu sein habe. Selbst in der konservativen Europäischen Volkspartei stimmten 115 Mitgliedern für den Bericht (bei 57 Gegenstimmen und 28 Enthaltungen). Der österreichische Delegationsleiter Othmar Karas war hier eine durchaus relevante Figur. Auch der Südtiroler Abgeordnete Dorfmann stimmte für die Eröffnung des Verfahrens. Was noch offen bleibt ist die Debatte um die Mitgliedschaft der Partei von Orbán (Fidesz) in der Europäischen Volkspartei. Diese ist auch vor dem Hintergrund der Verpflichtung Europäischer Parteien zu sehen, die EU-Werte einzuhalten. Eine EU-Verordnung aus dem Jahre 2014 hat diese Verpflichtung mit einem Kontrollmechanismus versehen.

## 3 FRAGEN AN...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



#### „Dolomiten“: Ist das Strafverfahren gegen die Ungarn eine gute Idee?

Gabriel N. Toggenburg: Es handelt sich um kein Strafverfahren. Schon gar nicht gegen Ungarn an sich. Es geht nämlich darum, die ungarische Regierung zum Einlenken zu bewegen. Stimmen der ungarischen Opposition begrüßen diesen Schritt.

#### „D“: Der ungarische Außenminister erklärt aber, dass Verfahrensfehler gemacht wurden.

Toggenburg: Ich weiß nicht, ob ich seinen Punkt recht verstehe. Jedenfalls beschließt das Parlament gemäß Artikel 354 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU mit der Mehrheit von 2 Dritteln der „abgegebenen“ Stimmen. Wer sich seiner Stimme enthält, kann diese nicht gleichzeitig abgeben.

#### „D“: Ist das Artikel 7 Verfahren generell sinnvoll?

Toggenburg: Hinter den Werten in Artikel 2 des EU-Vertrages stehen Rechtsverpflichtungen. Die soll man auch überwachen und einhalten. Aber soll man wirklich drohen, wenn man nicht weiß je Sanktionen verhängen zu können? Die Drohkulisse des Artikels 7 ist nicht wirklich beeindruckend. Vielen sind nun mal Harmonie und ein guter Ruf weniger wichtig als das eigene Bankkonto.

#### „D“: Man sollte Regierungen die aus dem Wertekonsens ausscheren Gelder streichen?

Toggenburg: Nun, die Kommission hat vorgeschlagen der Rechtsstaatsdebatte finanzielle Zähne zu verleihen. Bei wiederholter auftretenden Gefährdungen des Rechtsstaatsprinzips könnte es also in Zukunft möglich sein, EU-Gelder zu streichen. Das sollte man aber mit Zahlungen direkt an die Zivilgesellschaft ausgleichen.

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz